

MÖGLICHE SCHLIESSUNGEN

Spitals-Expertenpapier lässt Wogen hochgehen

Entwurf sieht „Aus“ für drei Häuser vor. Die SPÖ NÖ spricht von einem „Kahlschlag“, LGA und Land davon, dass noch nichts fix sei.

VON PHILIPP GRABNER

Wo werden Niederösterreichs Patientinnen und Patienten künftig versorgt – und wo nicht? Seit in der Vorwoche das Arbeitspapier eines Expertengremiums an die Öffentlichkeit gespielt wurde, wird intensiv über diese Frage diskutiert. Konkret sieht das Konzept die Auflassung der Kliniken Hollabrunn, Korneuburg und Stockerau sowie die Zusammenlegung dieser in einem neuen Spital Weinviertel Süd-West vor. Aus dem Medizinischen Zentrum Gänserndorf soll dem Papier zufolge ein Primärversorgungszentrum werden, die Kliniken Melk, Klosterneuburg, Gmünd und Waidhofen an der Thaya sollen Sonderkrankenanstalten werden.

Die SPÖ, die in den letzten Wochen und Monaten immer wieder scharfe Kritik am Gesundheitssystem – insbesondere aber an der Landesgesundheitsagentur – geübt hatte, sah sich in ihrer Position bestätigt. Er lehne „die größte Spitalschließungswelle in unserer Republik“ ab, man werde sich „mit aller Kraft gegen die Schließungen zur Wehr setzen“, sagte Landesparteichef Sven Hergovich. Und forderte eine Standortgarantie für jedes Spital im Land.

Für die Beibehaltung der Kliniken sprachen sich auch die Grünen aus, es brauche „eine grundlegende Neuausrichtung der Gesundheitspolitik“, forderte Abgeordnete Silvia Moser. Differenzierter reagierten Niederösterreichs NEOS. Das Papier sei „eine erste Diskussionsgrundlage“, nötig sei aber jedenfalls eine Strukturbereni-



gung der LGA. Parallel zu den Klinikstandorten müsste aber der Ausbau der wohnortnahen Versorgung vorangetrieben werden, hielt Gesundheitsministerin Edith Kollermann fest.

Gesundheitsagentur: „Gibt keinen Beschluss“

Seitens der Landesgesundheitsagentur (LGA) verwies man darauf, dass nichts fix sei. Was an die Öffentlichkeit gekommen sei, sei „in Diskussion, aber es gibt keinen Beschluss“, sagte die neue LGA-Vorständin Elisabeth Bräutigam gegenüber dem ORF NÖ. Dass es Veränderungen brauche, zeige die Demografie: „Wir werden älter. Wir haben weniger Mitarbeiter.“

Landeshauptfrau Johanna

Mickl-Leitner (ÖVP) äußerte sich am Rande eines Medientermins zu den Diskussionen. Der Prozess des „NÖ Gesundheitspaktes“ werde „von den drei zuständigen Regierungsmitgliedern und vor allem parteiübergreifend“ diskutiert, klar sei, „dass es eine wohnortnahe Versorgung geben muss“ und im Gesundheitsbereich generell nicht gespart werden dürfe.

Die ÖVP übte in der Angelegenheit vor allem Kritik an der SPÖ und Parteichef Sven Hergovich. Er skandalisiere Überlegungen, „in denen auch hochrangige SPÖ-Vertreter mitarbeiten“, zudem hätte seine (Bundes-)Partei (im Jahr 2010) selbst für die Schließung von kleinen Spitälern plädiert, so ÖVP-Manager Matthias Zauner.

Kommentar



PHILIPP GRABNER
über die Debatte um mögliche Spitalschließungen.

Alle Fakten auf den Tisch

Die Aufregung war perfekt, als in der Vorwoche ein (an sich internes) Expertenpapier das Licht der Öffentlichkeit erblickte: Drei Spitäler könnten gänzlich geschlossen (und durch ein neues ersetzt werden), ein weiteres zu einem Primärversorgungszentrum umgebaut werden. Postwendend folgte (teils harsche) Kritik, insbesondere seitens der SPÖ. Sie sah sich in ihren Vorwürfen, die sie seit Wochen trommelt, bestätigt. Der Tenor: NÖ stehe „ein Kahlschlag“ bevor. Kritik kam auch von den Grünen, die NEOS reagierten deutlich differenzierter.

Kommunikativ ist die Angelegenheit für alle Verantwortlichen jedenfalls ein Desaster. Statt die Beweggründe für derartige Überlegungen erklären zu können, übte man sich nach dem Leak eher im Beschwichtigen – und dem Verweis, dass nichts entschieden sei.

Nun braucht es definitiv rasch Klarheit – damit die Patienten wissen, woran sie sind. Und die Politik auch fundiert über die Sache diskutieren kann – fernab von unnötigem Hick-Hack.